

AUSGABE VOM 28. NOVEMBER 2020

## Bund fördert private Ladestationen für Elektroautos

Am 24. November 2020 startete offiziell die Förderung privater Ladestationen für Elektroautos an Wohngebäuden. Der Bund unterstützt den Kauf und die Installationen der Ladepunkte („Wallboxen“) mit 200 Millionen Euro. Ziel ist es, den Aufbau von Ladeinfrastruktur im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 voranzutreiben.

„Da ein Großteil aller Ladevorgänge daheim stattfinden wird, fördern wir Mietern, Eigenheimbesitzern und Vermietern den Einbau privater Ladestationen mit 900 Euro Zuschuss - wenn die Ladestation ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben werden“, so MdB Möring. Förderanträge können ab sofort bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau gestellt werden. Infos gibt es kompakt bei der [KfW](#).

## Corona-Auflagen - Regierungserklärung der Kanzlerin

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat im Deutschen Bundestag die von Bund und Ländern am Mittwoch beschlossenen [Maßnahmen](#) zur weiteren Eindämmung des Corona-Virus erläutert. Mit den aktuellen Maßnahmen konnte das „dramatische exponentielle Wachstum“ gestoppt werden, aber die Zahlen seien nach wie vor „hoch, zu hoch“, betonte Merkel am Donnerstag in ihrer Regierungserklärung. Das Schlimmste, nämlich die Überforderung des Gesundheitssystems, habe bislang vermieden werden



„Miteinander und füreinander einstehen“, Leitgedanke der Kanzlerin Dr. Angela Merkel bei der Regierungserklärung zu den aktuellen Corona-Maßnahmen. (Foto: privat)

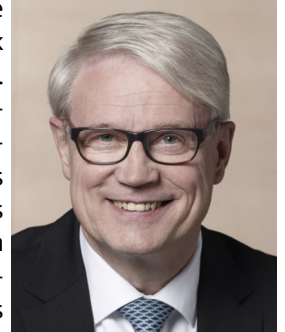
können. Das sei „ein erster Erfolg, aber noch kein nachhaltiger Erfolg“. Das Ziel bleibe deshalb, die Infektionszahlen so weit zu senken, dass die Gesundheitsämter wieder in der Lage seien, Infektionsketten zu erkennen, zu durchbrechen und so eine Inzidenz von weniger als 50 pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen zu erreichen. Deshalb müssten die aktuellen Einschränkungen fortgeführt werden, teilweise durch zusätzliche Maßnahmen präzisiert und verstärkt. Die Kanzlerin betonte, der wichtigste Schutz bleibe Abstand zu halten. Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes senke zwar das Risiko einer Infektion gebe

aber keine absolute Sicherheit vor einer Ansteckung. Auch die Corona-Warn-App helfe beim Erkennen von Infektionsketten, urteilte die Kanzlerin und warb erneut für die Benutzung der App, die man [hier](#) laden kann.

Für den Kölner CDU-Bundestagsabgeordneten Karsten Möring ist die beschlossene Verlängerung der Maßnahmen „richtig und leider auch notwendig“. Mit Blick auf die Sonderregelung für die Zeit vom 23. Dezember bis zum 1. Januar appelliert Möring an die Eigenverantwortung der Bürger. Jeder solle sorgfältig abwägen, ob die Möglichkeit von Treffen mit bis zu zehn Personen wirklich ausgeschöpft werden müssten. Wichtig sei, dass auch die Menschen in Alters- und Pflegeheimen nicht allein seien. „Es ist wichtig, dass wir in diesen Zeiten nicht nur an die eigene Familie denken, sondern auch an jene Menschen, die es in dieser Zeit besonders schwer haben“, so Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

in dieser Woche lohnt ein Blick nach Übersee. Der republikanische Amtsinhaber wird das Weiße Haus nach eigenen Worten verlassen, sobald das Wahlkollegium



für den Demokraten Joe Biden als nächsten US-Präsidenten gestimmt hat. Auch wenn sich der abgewählte Präsident weiter als Opfer von massivem Wahlbetrug darstellt, für die es keinerlei Belege gibt, muss er nach Recht und Gesetz spätestens am 20. Januar 2021 das Weiße Haus räumen. Nicht Einsicht, sondern die Macht des Faktischen und der demokratischen Institutionen haben Trumps Einlenken erzwungen.

Mit Präsident Biden werden wir die Partnerschaft zwischen den USA und der EU, zwischen Washington und Berlin, neu beleben können. Wir werden Herausforderungen wieder gemeinsamen angehen können, ob es sich nun um die Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der NATO oder die Politik gegenüber Rußland, China und den Iran handelt. Zu den Herausforderungen, auf die wir am besten gemeinsam antworten, gehört insbesondere auch der Klimawandel.

Es ist ein sehr gutes Zeichen, dass Biden mit dem früheren Außenminister John Kerry ein absolutes politisches Schwergewicht als Sonderbeauftragten für den Klimaschutz ernennen will. Die Vereinigten Staaten sind zurück auf der weltpolitischen Bühne. Und wir dürfen wieder mit mehr Zuversicht auf globale Lösungen hoffen.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



## Zusatzbeiträge in der Krankenkasse bleiben stabil

Der Bundestag hat am Donnerstag das Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz verabschiedet. Damit stelle die Union klar, so CDU-MdB Karsten Möring „dass die Beitragszahler die Last der unter anderem durch Corona verursachten hohen Defizite in der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht allein tragen müssen.“ Der Bund erhöht im nächsten Jahr seinen Zuschuss zum Gesundheitsfonds um 5 Milliarden Euro. Die Krankenkassen beteiligen sich mit etwa zwei Fünftel ihrer hohen Rücklagen. So werden die Zusatzbeiträge der gesetzlich Versicherten um 0,2 Prozentpunkte auf durchschnittlich 1,3 Prozent im Jahr 2021 begrenzt. „Damit schaffen wir einen fairen Ausgleich bei der Finanzierung“, so MdB Möring. „Der Bundestag verbessert mit dem Gesetz den Alltag vieler Patientinnen und Patienten auch aus Köln sowie der Arbeitskräfte im Gesundheitssystem. Wir sorgen dafür, dass 20.000 neue Assistenzstellen in der Altenpflege zusätzlich finanziert werden. Wir verlängern die Akuthilfe für pflegende Angehörige und schaffen die Möglichkeit, Familienpflegezeit in Anspruch zu nehmen um zur Bewältigung einer pandemiebedingten Pflegesituation bis zu 20 Arbeitstage nutzen zu können.“

Außerdem enthält das Gesetz ein Hebammenstellen-Förderprogramm für Krankenhäuser. Ab 2021 können über drei Jahre etwa 600 zusätzliche Hebammenstellen und bis zu 700 weitere Stellen für unterstützendes Fachpersonal in Geburtshilfeabteilungen geschaffen werden.

## Mehr Haushaltsmittel für Bau und Innere Sicherheit

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner letzten Sitzung zum Haushalt 2021 am Donnerstag den Etat des Bundesinnenministeriums abschließend beraten. „Wir stocken das Programm ´Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur´ wegen des erheblichen Sanierungsbedarfs um 200 Millionen Euro auf. Der Betrag für die Finanzierung von Wohngeld steigt bedingt durch zahlreiche gesetzliche Verbesserungen um 140 Millionen Euro“, erläutert der Kölner CDU-MdB Karsten Möring. „Auch die Unterstützung jüdischen Lebens in Deutschland hat für uns große Bedeutung“, so das Bauausschussmitglied. „Daher fördern wir unter anderem die denkmalgerechte Sanierung der Synagoge in der Roonstraße mit 42 Millionen Euro.“

„Unsere Innere Sicherheit, ein Kernthema der Union, wird mit dem Haushalt 2021 weiter deutlich gestärkt“, so MdB Möring. Der Bund investiert hierfür zusätzlich rund 107 Millionen Euro. Darüber hinaus werden der Erwerb weiterer Ausrüstung wie Personen-Schutzwesten und mobil einsetzbare, tragbare Schutzplatten für die Bereitschaftspolizei ebenfalls mit zusätzlich 7,5 Millionen Euro ermöglicht.

## Weihnachtsbaum der Lebenshilfe im Bundestag



Auch in Corona-Zeiten steht im Bundestag wieder ein Weihnachtsbaum der Lebenshilfe als Zeichen für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Der Baumschmuck wird von Menschen mit Behinderung handgefertigt. Die Bundesvorsitzende der Lebenshilfe, MdB Ulla Schmidt, hat den Baum am Donnerstag im Paul-Löbe-Haus an Bundestagsvizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich übergeben. Wegen der Pandemie fand die Feier nur in kleinem Rahmen statt. „Ich bin sehr froh, dass das Virus diese Tradition nicht kaputt gemacht hat“, so MdB Karsten Möring. „Denn vergessen wir bei allen Corona Entscheidungen nicht die Menschen mit Behinderung und ihre Familien. Sie sind von den Folgen der Pandemie besonders hart betroffen.“ (Foto: Privat)

## Bundestag stimmt für Verbot leichter Plastiktüten

Der Bundestag hat am Donnerstag eine Änderung des Verpackungsgesetzes beschlossen. Mit ihm wird ein Verbot für leichte Kunststofftragetaschen umgesetzt. „Das Plastiktütenverbot setzt ein wichtiges Zeichen gegen die Wegwerfgesellschaft“, so Kölns CDU-MdB Karsten Möring. Auch wenn die Selbstverpflichtung des Handels bereits zu einem Rückgang des Verbrauchs geführt habe, sei dieser Schritt richtig: „Wir wollen Plastik im Alltag massiv reduzieren und so für umweltfreundliche Ressourcenschonung sorgen. Die Übergangsfrist von zwölf Monaten ist fair, denn der Handel soll nicht auf vorrätigen Tragetaschen sitzenbleiben. Die Nutzung leichter Tragetaschen für Gemüse und Obst finde ich dagegen richtig. Ein Verbot würde hier zu mehr Vorverpackungen und unterm Strich zu mehr Plastikmüll führen.“

### Impressum:

Ausgabe Nr. 65 der 19. Wahlperiode

28. November 2020

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

